

## **NIEDERSCHRIFT**

### über die **37.** Sitzung **des Kreisausschusses** (XV. Wahlperiode)

#### **öffentlicher Teil**

Tag der Sitzung: **09.07.2013**  
Ort der Sitzung: Kreishaus Neuss  
Besprechungsraum 2 (2. Etage)  
Oberstraße 91, 41460 Neuss  
(Tel. 02131/928-2100)  
Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 16:00 Uhr  
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

#### **Sitzungsteilnehmer:**

##### **• Vorsitzender**

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

##### **• CDU-Fraktion**

2. Herr Dr. Gert Ammermann an 15.05 Uhr
3. Herr Karl-Heinz Ehms
4. Herr Reiner Geroneit Vertretung für Herrn Dieter Welsink
5. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
6. Herr Bertram Graf von Nesselrode Vertretung für Frau Irmintrud Berger
7. Herr Franz-Josef Radmacher
8. Herr Dr. Christian Will

##### **• SPD-Fraktion**

9. Frau Doris Hugo-Wissemann Vertretung für Herrn Horst Fischer
10. Herr Dieter Jüngerkes
11. Herr Reinhard Rehse Vertretung für Herrn Stephan Ingenhoven
12. Herr Rainer Thiel MdL

- **FDP-Fraktion**

13. Herr Walter Boestfleisch
14. Herr Bijan Djir-Sarai MdB

- **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

15. Herr Erhard Demmer
16. Frau Susanne Stephan-Gellrich

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

17. Herr Carsten Thiel

- **Verwaltung**

18. Herr Dezernent Ingolf Graul
19. Herr Günter Hassels
20. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
21. Frau Heike Bongers
22. Herr Reinhold Jung
23. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
24. Herr Marcus Temburg

- **Schriftführerin**

25. Frau Annika Böhm

---

## INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	5
2.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse .....	5
2.1.	Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 23.05.2013.....	5
2.2.	Schulausschuss vom 27.05.2013 .....	6
2.3.	Planungs- und Umweltausschuss vom 04.06.2013 .....	6
2.4.	Jugendhilfeausschuss vom 06.06.2013 .....	6
3.	Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum Juni 2013 Vorlage: 61/2636/XV/2013 .....	6
4.	Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum Juni 2013 Vorlage: 61/2635/XV/2013 .....	7
4.1.	Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen "Konferenz der Gebietskörperschaften der IRR" Vorlage: 61/2637/XV/2013 .....	7
5.	Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa, Stand Juni/Juli 2013 Vorlage: ZS5/2631/XV/2013 .....	8
6.	SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/2627/XV/2013 .....	9
7.	Anträge .....	9
7.1.	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 11.06.2013 - Alleinerziehende im Bestand Vorlage: 50/2629/XV/2013 .....	9
8.	Mitteilungen.....	9
8.1.	Logistikregion Rheinland e.V.....	9
8.2.	Kommunales Integrationszentrum.....	9
8.3.	Vergaberechtsreform.....	9
8.4.	Förderung privater Hochschulen.....	10

9. ....	Anfragen	10
9.1. Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 25.06.2013 Abrechnung der Kosten der Deutschen Einheit hier: Einigung zwischen Landesregierung und kommunalen Spitzenverbänden Vorlage: III/2639/XV/2013 .....		10
9.2. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Thema "Strombelieferun-gen im Rhein-Kreis Neuss" vom 01.07.2013 und Antwort der Verwaltung Vorlage: III/2642/XV/2013.....		11

## 1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

### Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

	- Region Köln/Bonn „Zukunft gemeinsam gestalten – Masterplan:Grün – Version 3.0“
Zu Top 5: Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/ Europa	- Bericht zum Arbeitsmarkt ☒
Zu Top 8: Anfragen	- Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Thema „Abrechnung der Kosten der deutschen Einheit“ vom 25.06.2013 und Antwort der Verwaltung ☒ - Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Thema „Strombeliefe- rungen im Rhein-Kreis Neuss“ vom 01.07.2013 und Antwort der Verwaltung ☒

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

## 2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

### 2.1. Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 23.05.2013

#### Protokoll:

Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich bat darum, dass der Hinweis in der Rundverfügung Nr. 03/2013 zu den besonderen Belangen auch so in die Bescheide aufgenommen werde.

#### **KA/20130709/Ö2.1**

#### Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 23.05.2013 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

#### Abstimmungsergebnis:

einstimmig

## **2.2. Schulausschuss vom 27.05.2013**

### **KA/20130709/Ö2.2**

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Schulausschusses vom 27.05.2013 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **2.3. Planungs- und Umweltausschuss vom 04.06.2013**

### **KA/20130709/Ö2.3**

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Planungs- und Umweltausschusses vom 04.06.2013 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **2.4. Jugendhilfeausschuss vom 06.06.2013**

### **KA/20130709/Ö2.4**

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses vom 06.06.2013 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **3. Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft**

### **Berichtszeitraum Juni 2013**

### **Vorlage: 61/2636/XV/2013**

#### **Protokoll:**

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneter Susanne Stephan-Gellrich erläuterte Marcus Temburg, dass es bei der Klimapartnerschaft insbesondere um die Verbesserung der Versorgung mit Strom gehe. Unterstützt werde die Partnerschaft durch Fördermittel des Bundes in Höhe von 500.000 Euro.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer bat um Mitteilung, wann der konkrete Plan vorgestellt werde und in welchem Gremium dies geschehe (Kreisausschuss oder Planungs- und Umweltausschuss).

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erläuterte, dass man ständig weiter arbeite, ohne dass vorher ein Gesamtplan zu verabschieden sei, und auch weiterhin im Kreisaus-

schuss laufend berichten werde. Dennoch könnten auch einzelne Punkte bei Bedarf im Planungs- und Umweltausschuss behandelt werden. Sollte ein anderes Vorgehen gewünscht sein, müsse man dies sagen.

### **KA/20130709/Ö3**

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Braunkohlenplanung, Stand Juni 2013 zur Kenntnis.

#### **4. Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum Juni 2013 Vorlage: 61/2635/XV/2013**

##### **Protokoll:**

Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich erkundigte sich, ob sich der Eigenanteil der Stadt Grevenbroich bei der Maßnahme „Innenstadt“ verändert habe.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass die Stadt einen Antrag auf Erhöhung des Förderanteils gestellt habe. Aufgrund der derzeitigen Finanzlage sei mit einer Erhöhung zu rechnen. Die Höhe der Förderung hänge grundsätzlich von der Maßnahme und der Leistungsfähigkeit der Kommune ab.

Kreistagsabgeordneter Dr. Christian Will wies darauf hin, dass die Summe für das Städtebauförderungsprogramm insgesamt gesunken sei.

### **KA/20130709/Ö4**

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Regionalarbeit, Stand Juni 2013 zur Kenntnis.

#### **4.1. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen "Konferenz der Gebietskörperschaften der IRR" Vorlage: 61/2637/XV/2013**

##### **Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer nahm Bezug auf folgenden Satz in der Vorlage: „Ziel der IRR ist es, diesen Ansatz für das Ruhrgebiet auf das Gebiet der IRR in angepasster Form zu übertragen“. Aufgrund fehlender Verbindungen zum Ruhrgebiet (Ausn.: Braunkohle) halte er den Ansatz für wenig zielführend. Außerdem erkundigte er sich, ob die Probleme beim interkommunalen Gewerbegebiet Grevenbroich /Jüchen an der Aufschüttung lägen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass die Übertragung des gewerblichen Flächenmanagements, nicht die Situation im Ruhrgebiet, gemeint sei. Das Problem beim interkommunalen Gewerbegebiet sei die Beplanbarkeit.

Problematisch sei oftmals die Sicherung großer verfügbarer Fläche, so Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel. Das Abstimmungsverfahren bei derartigen Projekten sei deshalb notwendig, damit es später von allen mitgetragen werde.

## **5. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa, Stand Juni/Juli 2013**

**Vorlage: ZS5/2631/XV/2013**

### **Protokoll:**

Die Entwicklung betrachte er mit Sorge, so Kreistagsabgeordneter Dr. Christian Will. Auch wenn die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderungsgesellschaft und das TZG schon viel geleistet hätten, müsse noch mehr getan werden, um die Arbeitslosenzahl zu senken.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel machte darauf aufmerksam, dass die Arbeitslosigkeit zum Vorjahr um 7% gestiegen sei. Auch seien deutlich weniger Existenzgründungen zu verzeichnen. Insgesamt bewege man sich in Richtung Bundesdurchschnitt und gegen den derzeitigen Trend.

3. stv. Landrat Bijan Djir-Sarai wies darauf hin, dass man im Rhein-Kreis Neuss beim Thema Arbeitslosigkeit eine Diskussion auf hohem Niveau führe.

Als besonders lobenswert hob Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer das Berufswahl-siegel hervor, das eine tolle Präventionsmaßnahme darstelle.

Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich zeigte sich erfreut, dass bei den Gründerpersonen zwischen Männern und Frauen unterschieden werde ("Merkmale zur Gründerperson: Insgesamt 48,2% Frauen und 51,8% Männer die Leistungen..."). Sie erkundigte sich, ob es auch eine Aufstellung nach Sparten dazu gebe. Außerdem fragte sie, ob es eine geschlechterspezifische Gründerberatung gebe.

### **Anmerkung der Verwaltung:**

Die vorgegebenen statistischen Erfassungskriterien seitens des zuständigen Landesministeriums für die Startercenter NRW sehen eine weiterführende geschlechtsspezifische Aufstellung nach Sparten nicht vor.

Eine geschlechtsspezifische Gründerberatung durch das Startercenter NRW des Rhein-Kreises Neuss (SC-RKN) wird nicht durchgeführt.

Das SC RKN bietet in Kooperation mit weiteren Partnern jedoch spezielle Seminare und Workshops an, die sich nur an Frauen richten:

- Intensiv Seminar für Existenzgründerinnen
- Kundengewinnung für Frauen
- Lizenz zum Verkauf - Selbst PR für Frauen

Auch hat das SC-RKN in den vergangenen Jahren mehrfach und in Zusammenarbeit mit weiteren Partnern einen Unternehmerinnenmarkt unterstützt und mit durchgeführt.

## **KA/20130709/Ö5**

### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa, Stand Juni/Juli 2013, zur Kenntnis.

## **6. SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften**

**Vorlage: 50/2627/XV/2013**

### **Protokoll:**

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneter Susanne Stephan-Gellrich erklärte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, dass die Zahlen zu den Bedarfsgemeinschaften eingebaut würden, sobald sie vorliegen.

Auf Anmerkung von Kreistagsabgeordneten Rainer Thiel erklärte Dezernent Ingolf Graul, dass die Zahlen, die mit dem Bund abgerechnet werden, nach kameralem System ermittelt werden; die Zahlen im Kreishaushalt nach der Doppik. Stichtag sei dabei der 15. Januar eines jeden Jahres. Was danach eingehe, müsse abgegrenzt werden. Daher die geringfügigen Differenzen, die sich aber über die Jahre ausgleichen würden.

## **7. Anträge**

### **7.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 11.06.2013 - Alleinerziehende im Bestand**

**Vorlage: 50/2629/XV/2013**

### **Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf die vorgelegte Stellungnahme der Verwaltung.

## **8. Mitteilungen**

### **8.1. Logistikregion Rheinland e.V.**

### **Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass am 08.07.2013 die Gründungsversammlung des Logistikregion Rheinland e.V. statt gefunden habe. Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz sei zum Vorstandsvorsitzenden benannt worden. Mehr Informationen dazu werde man im nächsten Kreisausschuss vorlegen.

### **8.2. Kommunales Integrationszentrum**

### **Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass die grundsätzliche Genehmigung des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales zur Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums vorliege.

### **8.3. Vergaberechtsreform**

### **Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass sich die EU-Institutionen auf wesentliche Eckpunkte für die Vergaberechtsreform und der Konzessionsvergabe geeinigt hätten. Für den Kreis seien dabei die Ausnahmeregelungen bei der Wasserversorgung und beim Rettungsdienst von Bedeutung.

## 8.4. Förderung privater Hochschulen

### Protokoll:

Eine entsprechende Ausarbeitung zu dem Thema werde man dem Protokoll beifügen, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke (s. **Anlage**).

## 9. Anfragen

### 9.1. Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 25.06.2013

#### Abrechnung der Kosten der Deutschen Einheit

hier: Einigung zwischen Landesregierung und kommunalen Spitzenverbänden

Vorlage: III/2639/XV/2013

### Protokoll:

Dezernent Ingolf Graul teilte mit, dass die kommunale Familie insgesamt eine Erstattung erhalte. Die Umlageverbände hätten aber mit Nachzahlungen zu rechnen. Die Rückstellung des Kreises in Höhe von 744.000 Euro werde dafür aber nicht ausreichen. Nach der Rechnung des Landkreistages habe der Kreis mit folgenden Nachzahlungen zu rechnen:

Jahr	Nachzahlung	Abrechnung
2009-2011	4,6 Mio. €	2013
2012	1,6 Mio. €	2014
2013	1,8 Mio. €	2015
Summe	8,0 Mio. €	

Für den LVR ergebe sich folgende Nachzahlung:

Jahr	Nachzahlung	Abrechnung
2009-2011	32,4 Mio. €	2013
2012	11,7 Mio. €	2014
2013	14,7 Mio. €	2015
Summe	58,8 Mio. €	

Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann teilte mit, dass die Modellrechnung des Landschaftsverbandes Rheinland belastbar sei. Dies bedeute auch für den Landschaftsverband erhebliche Probleme.

Geändert habe sich lediglich, dass die Umlageverbände jetzt auch zahlungspflichtig seien, so Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel. Die Städte bekämen jetzt das Geld zurück, das sie davor zuviel bezahlt haben.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass die Rückzahlung nicht umlage-relevant sei. Dies sei systemwidrig.

---

**9.2. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Thema  
"Strombelieferun-gen im Rhein-Kreis Neuss" vom 01.07.2013 und  
Antwort der Verwaltung  
Vorlage: III/2642/XV/2013**

**Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies auf die vorgelegte Antwort hin.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 15:55 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.



**Hans-Jürgen Petrauschke**  
Landrat



**Annika Böhm**  
Schriftführung



# Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. ZS5/2638/XV/2013

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	09.07.2013	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

## Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa - Arbeitsmarkt

### Sachverhalt:

Der Arbeitsmarkt hat sich im Juni 2013 im Rhein-Kreis Neuss verhalten, aber robust gezeigt. Grund hierfür ist laut Agentur für Arbeit das weiterhin sehr vorsichtige agieren der Unternehmen, wenn es um neue Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen geht. Die habe vielfältige Gründe, so z.B. die Abhängigkeit vom Exportgeschäft, die Krise in einigen europäischen Staaten und das nach wie vor instabile Wetter.

	Rhein-Kreis Neuss	Bund	NRW
<b>Arbeitslose</b>			
Juni 2013	14.538	2.864.663	754.102
Veränderung gegenüber Mai 2013	35	-72.249	-8.825
	0,2%	-2,5%	-1,2%
Veränderung gegenüber Juni 2012	1.023	55.558	26.632
	7,0%	1,9%	3,5%
<b>Arbeitslosenquote</b>			
Juni 2013	6,30%	6,60%	8,20%
Mai 2013	6,30%	6,80%	8,30%
Juni 2012	5,90%	6,60%	8,40%
<b>Arbeitslose im Rechtskreis SGB II</b>			
Juni 2013	9.639	1.967.400	551.268

<i>Veränderung gegenüber Mai 2013</i>	-2 0,0%	-34.358 -1,7%	-3.572 -0,6%
<i>Veränderung gegenüber Juni 2012</i>	399 4,1%	-24.502 -1,2%	5.876 1,1%

Im Weiteren wird auf den beiliegenden Arbeitsmarktreport verwiesen.

**Anlagen:**

AMR\_RKN\_Juni\_2013

[zurück zum Inhalt](#)

## Eckwerte des Arbeitsmarktes

Rhein-Kreis Neuss (05162)

Juni 2013

Merkmale	Jun 2013	Mai 2013	Apr 2013	Veränderung gegenüber					
				Vormonat		Vorjahresmonat <sup>1)</sup>			
				absolut	in %	absolut	in %	in %	in %
<b>Bestand an Arbeitsuchenden</b>									
Insgesamt	23.973	23.771	23.671	202	0,8	948	4,1	4,0	4,1
<b>Bestand an Arbeitslosen</b>									
Insgesamt	14.538	14.503	14.659	35	0,2	1.023	7,6	7,1	5,6
53,4% Männer	7.767	7.853	7.909	-86	-1,1	544	7,5	8,5	7,9
46,6% Frauen	6.771	6.650	6.750	121	1,8	479	7,6	5,6	3,0
8,1% 15 bis unter 25 Jahre	1.178	1.161	1.238	17	1,5	20	1,7	3,6	4,2
1,5% dar. 15 bis unter 20 Jahre	212	209	197	3	1,4	21	11,0	7,7	-3,4
32,1% 50 Jahre und älter	4.672	4.668	4.702	4	0,1	277	6,3	5,2	5,7
19,7% dar. 55 Jahre und älter	2.861	2.848	2.869	13	0,5	211	8,0	7,3	7,8
38,0% Langzeitarbeitslose	5.522	5.536	5.504	-14	-0,3	266	5,1	5,2	2,8
6,5% Schwerbehinderte	951	952	960	-1	-0,1	35	3,8	2,5	1,5
21,5% Ausländer	3.121	3.071	3.119	50	1,6	302	10,7	8,4	6,5
<b>Zugang an Arbeitslosen</b>									
Insgesamt	2.439	2.613	2.846	-174	-6,7	-12	-0,5	-11,4	-1,7
dar. aus Erwerbstätigkeit	977	958	1.085	19	2,0	20	2,1	-18,9	-14,2
aus Ausbildung/sonst. Maßnahme	565	608	656	-43	-7,1	56	11,0	16,3	19,7
seit Jahresbeginn	16.711	14.272	11.659	x	x	-766	-4,4	-5,0	-3,5
<b>Abgang an Arbeitslosen</b>									
Insgesamt	2.424	2.767	2.692	-343	-12,4	-46	-1,9	-15,9	0,3
dar. in Erwerbstätigkeit	794	834	884	-40	-4,8	-30	-3,6	-26,9	-13,9
in Ausbildung/sonst. Maßnahme	471	659	535	-188	-28,5	143	43,6	16,0	42,7
seit Jahresbeginn	15.628	13.204	10.437	x	x	-1.140	-6,8	-7,7	-5,2
<b>Arbeitslosenquoten bezogen auf</b>									
alle zivilen Erwerbspersonen	6,3	6,3	6,4	x	x	x	5,9	6,0	6,2
dar. Männer	6,3	6,4	6,5	x	x	x	6,0	6,0	6,1
Frauen	6,3	6,2	6,3	x	x	x	5,9	5,9	6,2
15 bis unter 25 Jahre	5,2	5,1	5,4	x	x	x	5,1	4,9	5,2
15 bis unter 20 Jahre	3,4	3,4	3,1	x	x	x	3,0	3,1	3,2
50 bis unter 65 Jahre	6,8	6,7	7,1	x	x	x	6,7	6,7	7,0
55 bis unter 65 Jahre	7,5	7,4	7,9	x	x	x	7,4	7,4	7,8
Ausländer	13,7	13,5	14,1	x	x	x	12,8	12,8	13,7
abhängige zivile Erwerbspersonen	7,0	7,0	7,1	x	x	x	6,6	6,6	6,8
<b>Unterbeschäftigung</b>									
Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne	15.825	15.818	15.884	7	0,0	1.138	7,7	7,1	5,3
Unterbeschäftigung im engeren Sinne	17.524	17.494	17.620	30	0,2	681	4,0	3,4	3,2
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)	17.722	17.686	17.823	36	0,2	442	2,6	1,7	1,3
Unterbeschäftigungsquote	7,6	7,6	7,7	x	x	x	7,5	7,5	7,8
<b>Leistungsempfänger<sup>2)</sup></b>									
Arbeitslosengeld	4.448	4.463	4.601	-15	-0,3	394	9,7	10,5	12,3
erwerbsfähige Leistungsberechtigte	21.566	21.307	21.198	259	1,2	794	3,8	2,4	2,1
nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	8.911	8.816	8.808	95	1,1	419	4,9	3,5	2,5
Bedarfsgemeinschaften	15.504	15.332	15.254	172	1,1	600	4,0	2,7	2,3
<b>Gemeldete Arbeitsstellen</b>									
Zugang	633	550	623	83	15,1	17	2,8	-31,5	-14,3
Zugang seit Jahresbeginn	3.566	2.933	2.383	x	x	-642	-15,3	-18,3	-14,6
Bestand	1.487	1.370	1.413	117	8,5	-387	-20,7	-22,6	-18,7

1) Bei Quoten werden die Vorjahreswerte ausgewiesen.

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

2) Vorläufige, hochgerechnete Werte am aktuellen Rand (beim Arbeitslosengeld für die letzten zwei Monate, bei den SGB II-Daten für die letzten drei Monate).

[zurück zum Inhalt](#)

**Eckwerte des Arbeitsmarktes im Rechtskreis SGB III**

Rhein-Kreis Neuss (05162)  
Juni 2013

Merkmale	Jun 2013	Mai 2013	Apr 2013	Veränderung gegenüber						
				Vormonat		Vorjahresmonat <sup>1)</sup>				
				absolut	in %	absolut	in %	Mai 2012	Apr 2012	
						in %	in %			
<b>Bestand an Arbeitsuchenden</b>										
Insgesamt	8.037	7.800	7.792	237	3,0	779	10,7	10,1	10,9	
<b>Bestand an Arbeitslosen</b>										
Insgesamt	4.899	4.862	5.047	37	0,8	624	14,6	13,4	15,0	
55,5% Männer	2.718	2.742	2.873	-24	-0,9	368	15,7	16,0	19,0	
44,5% Frauen	2.181	2.120	2.174	61	2,9	256	13,3	10,2	10,2	
11,1% 15 bis unter 25 Jahre	544	533	577	11	2,1	71	15,0	19,8	19,2	
1,4% dar. 15 bis unter 20 Jahre	67	61	57	6	9,8	25	59,5	10,9	-5,0	
38,8% 50 Jahre und älter	1.899	1.883	1.918	16	0,8	177	10,3	7,1	7,8	
27,0% dar. 55 Jahre und älter	1.323	1.318	1.320	5	0,4	89	7,2	4,8	3,1	
12,1% Langzeitarbeitslose	594	598	608	-4	-0,7	-47	-7,3	-7,6	-5,9	
8,3% Schwerbehinderte	405	404	420	1	0,2	14	3,6	-2,2	0,2	
14,0% Ausländer	684	664	715	20	3,0	128	23,0	16,3	25,4	
<b>Zugang an Arbeitslosen</b>										
Insgesamt	1.221	1.211	1.331	10	0,8	90	8,0	-8,0	4,0	
dar. aus Erwerbstätigkeit	734	710	818	24	3,4	50	7,3	-13,1	-2,3	
aus Ausbildung/sonst. Maßnahme	230	214	235	16	7,5	25	12,2	19,6	40,7	
seit Jahresbeginn	8.161	6.940	5.729	x	x	177	2,2	1,3	3,5	
<b>Abgang an Arbeitslosen</b>										
Insgesamt	1.108	1.270	1.227	-162	-12,8	47	4,4	-4,0	3,7	
dar. in Erwerbstätigkeit	526	591	604	-65	-11,0	31	6,3	-6,8	-4,1	
in Ausbildung/sonst. Maßnahme	174	222	202	-48	-21,6	79	83,2	56,3	96,1	
seit Jahresbeginn	7.148	6.040	4.770	x	x	111	1,6	1,1	2,5	
<b>Arbeitslosenquoten bezogen auf</b>										
alle zivilen Erwerbspersonen	2,1	2,1	2,2	x	x	x	1,9	1,9	2,0	
dar. Männer	2,2	2,2	2,4	x	x	x	1,9	2,0	2,0	
Frauen	2,0	2,0	2,0	x	x	x	1,8	1,8	1,9	
15 bis unter 25 Jahre	2,4	2,4	2,5	x	x	x	2,1	1,9	2,1	
15 bis unter 20 Jahre	1,1	1,0	0,9	x	x	x	0,7	0,9	0,9	
50 bis unter 65 Jahre	2,7	2,7	2,9	x	x	x	2,6	2,7	2,8	
55 bis unter 65 Jahre	3,4	3,4	3,6	x	x	x	3,4	3,5	3,7	
Ausländer	3,0	2,9	3,2	x	x	x	2,5	2,6	2,7	
abhängige zivile Erwerbspersonen	2,4	2,3	2,5	x	x	x	2,1	2,1	2,2	
<b>Unterbeschäftigung</b>										
Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne	4.934	4.920	5.093	14	0,3	631	14,7	14,0	14,5	
Unterbeschäftigung im engeren Sinne	5.365	5.349	5.523	16	0,3	602	12,6	12,1	12,7	
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)	5.563	5.541	5.726	22	0,4	363	7,0	5,5	5,6	
Unterbeschäftigungsquote	2,4	2,4	2,5	x	x	x	2,3	2,3	2,4	
<b>Leistungsempfänger</b>										
Arbeitslosengeld <sup>2)</sup>	4.448	4.463	4.601	-15	-0,3	394	9,7	10,5	12,3	

1) Bei Quoten werden die Vorjahreswerte ausgewiesen.

Die Differenzierung nach Rechtskreisen basiert auf anteiligen Quoten der Arbeitslosen in den beiden Rechtskreisen, d.h. die Basis ist jeweils gleich und in der Summe ergibt sich die Arbeitslosenquote insgesamt. Abweichungen in der Summe sind rundungsbedingt.

2) Vorläufige, hochgerechnete Werte für Mai 2013 und Juni 2013; ohne Arbeitslosengeld bei Weiterbildung.

[zurück zum Inhalt](#)

**Eckwerte des Arbeitsmarktes im Rechtskreis SGB II**

Rhein-Kreis Neuss (05162)  
Juni 2013

Merkmale	Jun 2013	Mai 2013	Apr 2013	Veränderung gegenüber					
				Vormonat		Vorjahresmonat <sup>1)</sup>			
				absolut	in %	absolut	in %	in %	in %
<b>Bestand an Arbeitsuchenden</b>									
Insgesamt	15.936	15.971	15.879	-35	-0,2	169	1,1	1,3	1,1
<b>Bestand an Arbeitslosen</b>									
Insgesamt	9.639	9.641	9.612	-2	-0,0	399	4,3	4,2	1,2
52,4% Männer	5.049	5.111	5.036	-62	-1,2	176	3,6	4,8	2,5
47,6% Frauen	4.590	4.530	4.576	60	1,3	223	5,1	3,5	-0,2
6,6% 15 bis unter 25 Jahre	634	628	661	6	1,0	-51	-7,4	-7,1	-6,1
1,5% dar. 15 bis unter 20 Jahre	145	148	140	-3	-2,0	-4	-2,7	6,5	-2,8
28,8% 50 Jahre und älter	2.773	2.785	2.784	-12	-0,4	100	3,7	4,0	4,3
16,0% dar. 55 Jahre und älter	1.538	1.530	1.549	8	0,5	122	8,6	9,6	12,1
51,1% Langzeitarbeitslose	4.928	4.938	4.896	-10	-0,2	313	6,8	7,0	4,0
5,7% Schwerbehinderte	546	548	540	-2	-0,4	21	4,0	6,2	2,5
25,3% Ausländer	2.437	2.407	2.404	30	1,2	174	7,7	6,4	1,9
<b>Zugang an Arbeitslosen</b>									
Insgesamt	1.218	1.402	1.515	-184	-13,1	-102	-7,7	-14,2	-6,3
dar. aus Erwerbstätigkeit	243	248	267	-5	-2,0	-30	-11,0	-31,9	-37,6
aus Ausbildung/sonst. Maßnahme	335	394	421	-59	-15,0	31	10,2	14,5	10,5
seit Jahresbeginn	8.550	7.332	5.930	x	x	-943	-9,9	-10,3	-9,3
<b>Abgang an Arbeitslosen</b>									
Insgesamt	1.316	1.497	1.465	-181	-12,1	-93	-6,6	-23,9	-2,4
dar. in Erwerbstätigkeit	268	243	280	25	10,3	-61	-18,5	-52,1	-29,5
in Ausbildung/sonst. Maßnahme	297	437	333	-140	-32,0	64	27,5	2,6	22,4
seit Jahresbeginn	8.480	7.164	5.667	x	x	-1.251	-12,9	-13,9	-10,8
<b>Arbeitslosenquoten bezogen auf</b>									
alle zivilen Erwerbspersonen	4,2	4,2	4,2	x	x	x	4,1	4,1	4,2
dar. Männer	4,1	4,2	4,2	x	x	x	4,0	4,0	4,1
Frauen	4,3	4,2	4,3	x	x	x	4,1	4,1	4,4
15 bis unter 25 Jahre	2,8	2,8	2,9	x	x	x	3,0	3,0	3,1
15 bis unter 20 Jahre	2,3	2,4	2,2	x	x	x	2,3	2,2	2,2
50 bis unter 65 Jahre	4,0	4,0	4,2	x	x	x	4,1	4,1	4,2
55 bis unter 65 Jahre	4,0	4,0	4,3	x	x	x	3,9	3,9	4,1
Ausländer	10,7	10,6	10,9	x	x	x	10,3	10,2	11,1
abhängige zivile Erwerbspersonen	4,7	4,7	4,7	x	x	x	4,5	4,5	4,7
<b>Unterbeschäftigung</b>									
Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne	10.891	10.898	10.791	-7	-0,1	507	4,9	4,2	1,4
Unterbeschäftigung im engeren Sinne	12.159	12.145	12.097	14	0,1	79	0,7	0,0	-0,6
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)	12.159	12.145	12.097	14	0,1	79	0,7	0,0	-0,6
Unterbeschäftigungsquote	5,2	5,2	5,2	x	x	x	5,2	5,3	5,4
<b>Leistungsempfänger</b>									
erwerbsfähige Leistungsberechtigte <sup>2)</sup>	21.566	21.307	21.198	259	1,2	794	3,8	2,4	2,1
nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte <sup>2)</sup>	8.911	8.816	8.808	95	1,1	419	4,9	3,5	2,5
Bedarfsgemeinschaften <sup>2)</sup>	15.504	15.332	15.254	172	1,1	600	4,0	2,7	2,3

1) Bei Quoten werden die Vorjahreswerte ausgewiesen.

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Die Differenzierung nach Rechtskreisen basiert auf anteiligen Quoten der Arbeitslosen in den beiden Rechtskreisen, d.h. die Basis ist jeweils gleich und in der Summe ergibt sich die Arbeitslosenquote insgesamt. Abweichungen in der Summe sind rundungsbedingt.

2) Vorläufige, hochgerechnete Werte für April 2013 bis Juni 2013.



Bestand an Arbeitslosen nach Gemeinden

Berichtsmonat	Mönchengladbach Stadt	Rhein-Kreis Neuss	Dormagen Stadt	Grevenbroich Stadt	Jüchen	Kaarst Stadt	Korschenbroich Stadt	Meerbusch Stadt	Neuss Stadt	Flommerskirchen
Jun 12	14.877	13.515	1.581	1.971	544	1.039	604	1.278	6.265	233
Jul 12	15.072	13.820	1.674	1.968	544	1.069	653	1.370	6.315	227
Aug 12	14.779	13.902	1.696	1.994	571	1.073	615	1.356	6.370	227
Sep 12	14.119	13.261	1.604	1.507	538	1.053	593	1.344	6.025	217
Okt 12	14.062	13.261	1.582	1.883	526	1.043	622	1.329	6.072	214
Nov 12	14.054	13.183	1.559	1.848	528	1.031	606	1.332	6.054	225
Dez 12	13.939	13.411	1.578	1.916	534	1.049	614	1.343	6.166	211
Jan 13	14.708	14.544	1.774	2.083	574	1.117	662	1.412	6.685	237
Feb 13	15.013	14.740	1.812	2.171	592	1.119	667	1.430	6.708	241
Mrz 13	14.868	14.485	1.787	2.159	581	1.103	656	1.426	6.521	252
Apr 13	15.103	14.659	1.791	2.242	591	1.113	670	1.439	6.558	255
Mai 13	15.233	14.503	1.754	2.160	589	1.093	651	1.421	6.570	255
Jun 13	15.144	14.538	1.729	2.180	588	1.116	657	1.401	6.510	259

Bestand an Arbeitslosen nach Gemeinden - nur Sozialgesetzbuch III (SGB III) Rechtskreis

Berichtsmonat	Mönchengladbach Stadt	Rhein-Kreis Neuss	Dormagen Stadt	Grevenbroich Stadt	Jüchen	Kaarst Stadt	Korschenbroich Stadt	Meerbusch Stadt	Neuss Stadt	Flommerskirchen
Jun 12	2.934	4.275	549	680	211	418	295	484	1.532	126
Jul 12	3.198	4.718	605	755	237	450	340	528	1.679	124
Aug 12	3.153	4.780	616	771	256	434	308	551	1.722	122
Sep 12	3.003	4.443	580	721	245	431	283	537	1.532	114
Okt 12	2.976	4.364	552	703	240	416	305	527	1.509	112
Nov 12	2.924	4.332	565	663	244	415	290	526	1.516	113
Dez 12	3.035	4.429	570	678	239	439	295	539	1.558	110
Jan 13	3.439	5.019	676	777	267	479	339	585	1.767	129
Feb 13	3.523	5.179	726	838	281	477	344	584	1.806	123
Mrz 13	3.321	5.016	704	811	265	446	342	546	1.769	133
Apr 13	3.349	5.047	699	837	270	452	344	550	1.753	142
Mai 13	3.238	4.862	665	757	277	418	339	521	1.747	138
Jun 13	3.218	4.899	658	769	271	446	338	499	1.774	144

Bestand an Arbeitslosen nach Gemeinden - nur Sozialgesetzbuch II (SGB II) Rechtskreis

Berichtsmonat	Mönchengladbach Stadt	Rhein-Kreis Neuss	Dormagen Stadt	Grevenbroich Stadt	Jüchen	Kaarst Stadt	Korschenbroich Stadt	Meerbusch Stadt	Neuss Stadt	Flommerskirchen
Jun 12	11.943	9.240	1.032	1.291	333	621	309	814	4.733	107
Jul 12	11.874	9.102	1.069	1.213	307	619	313	842	4.636	109
Aug 12	11.626	9.122	1.080	1.223	315	639	307	805	4.648	105
Sep 12	11.116	8.838	1.024	1.186	293	622	310	807	4.493	103
Okt 12	11.088	8.897	1.010	1.190	286	627	317	802	4.563	102
Nov 12	11.130	8.851	994	1.185	284	616	316	806	4.538	112
Dez 12	10.904	8.982	1.008	1.237	295	610	319	804	4.608	101
Jan 13	11.269	9.525	1.098	1.306	307	638	323	827	4.918	108
Feb 13	11.490	9.561	1.086	1.333	311	642	323	846	4.902	118
Mrz 13	11.547	9.469	1.083	1.348	316	657	314	880	4.752	119
Apr 13	11.754	9.612	1.092	1.405	321	661	326	889	4.805	113
Mai 13	11.995	9.641	1.089	1.403	312	675	322	900	4.823	117
Jun 13	11.926	9.639	1.071	1.411	315	670	319	902	4.836	115

Arbeitslosenquoten nach Gemeinden

Berichtsmonat	Mönchengladbach Stadt	Rhein-Kreis Neuss	Dormagen Stadt	Grevenbroich Stadt	Jüchen	Kaarst Stadt	Korschenbroich Stadt	Meerbusch Stadt	Neuss Stadt	Rommerskirchen
Jun 12	11,4	5,9	4,9	5,9	/	5,0	3,5	4,9	7,6	/
Jul 12	11,5	6,1	5,2	5,9	/	5,1	3,8	5,3	7,9	/
Aug 12	11,3	6,1	5,2	6,0	/	5,2	3,6	5,2	8,0	/
Sep 12	10,8	5,8	4,9	5,7	/	5,1	3,4	5,2	7,5	/
Okt 12	10,7	5,8	4,8	5,7	/	5,0	3,6	5,1	7,6	/
Nov 12	10,7	5,8	4,8	5,6	/	5,0	3,5	5,1	7,6	/
Dez 12	10,6	5,9	4,9	5,8	/	5,0	3,6	5,2	7,7	/
Jan 13	11,2	6,4	5,5	6,3	/	5,4	3,8	5,4	8,4	/
Feb 13	11,5	6,5	5,6	6,5	/	5,4	3,9	5,5	8,4	/
März 13	11,3	6,4	5,5	6,5	/	5,3	3,8	5,5	8,2	/
Apr 13	11,5	6,4	5,5	6,8	/	5,4	3,9	5,5	8,2	/
Mai 13	11,5	6,3	5,4	6,4	/	5,2	3,8	5,4	8,2	/
Jun 13	11,5	6,3	5,3	6,5	/	5,3	3,7	5,3	8,2	/

Arbeitslosenquoten nach Gemeinden - nur Sozialgesetzbuch III (SGB III) Rechtskreis

Berichtsmonat	Mönchengladbach Stadt	Rhein-Kreis Neuss	Dormagen Stadt	Grevenbroich Stadt	Jüchen	Kaarst Stadt	Korschenbroich Stadt	Meerbusch Stadt	Neuss Stadt	Rommerskirchen
Jun 12	2,2	1,9	1,7	2,0	/	2,0	1,7	1,8	1,9	/
Jul 12	2,4	2,1	1,9	2,3	/	2,2	2,0	2,0	2,1	/
Aug 12	2,4	2,1	1,9	2,3	/	2,1	1,8	2,1	2,2	/
Sep 12	2,3	2,0	1,8	2,2	/	2,1	1,6	2,1	1,9	/
Okt 12	2,3	1,9	1,7	2,1	/	2,0	1,8	2,0	1,9	/
Nov 12	2,2	1,9	1,7	2,0	/	2,0	1,7	2,0	1,9	/
Dez 12	2,3	1,9	1,8	2,0	/	2,1	1,7	2,1	2,0	/
Jan 13	2,6	2,2	2,1	2,3	/	2,3	2,0	2,2	2,2	/
Feb 13	2,7	2,3	2,2	2,5	/	2,3	2,0	2,2	2,3	/
März 13	2,5	2,2	2,2	2,4	/	2,1	2,0	2,1	2,2	/
Apr 13	2,6	2,2	2,2	2,5	/	2,2	2,0	2,1	2,2	/
Mai 13	2,4	2,1	2,0	2,3	/	2,0	1,9	2,0	2,2	/
Jun 13	2,4	2,1	2,0	2,3	/	2,1	1,9	1,9	2,2	/

Arbeitslosenquoten nach Gemeinden - nur Sozialgesetzbuch II (SGB II) Rechtskreis

Berichtsmonat	Mönchengladbach Stadt	Rhein-Kreis Neuss	Dormagen Stadt	Grevenbroich Stadt	Jüchen	Kaarst Stadt	Korschenbroich Stadt	Meerbusch Stadt	Neuss Stadt	Rommerskirchen
Jun 12	9,1	4,1	3,2	3,9	/	5,0	1,8	3,1	5,9	/
Jul 12	9,1	4,0	3,3	3,7	/	3,0	1,8	3,2	5,8	/
Aug 12	8,9	4,0	3,3	3,7	/	3,1	1,8	3,1	5,6	/
Sep 12	8,5	3,9	3,2	3,6	/	3,0	1,8	3,1	5,6	/
Okt 12	8,5	3,9	3,1	3,6	/	3,0	1,8	3,1	5,7	/
Nov 12	8,5	3,9	3,1	3,6	/	3,0	1,8	3,1	5,7	/
Dez 12	8,3	3,9	3,1	3,7	/	2,9	1,8	3,1	5,8	/
Jan 13	8,6	4,2	3,4	3,9	/	3,1	1,9	3,2	6,2	/
Feb 13	8,8	4,2	3,3	4,0	/	3,1	1,9	3,2	6,1	/
März 13	8,8	4,2	3,3	4,1	/	3,2	1,8	3,4	6,0	/
Apr 13	9,0	4,2	3,4	4,2	/	3,2	1,9	3,4	6,0	/
Mai 13	9,1	4,2	3,3	4,2	/	3,2	1,8	3,4	6,0	/
Jun 13	8,0	4,2	3,3	4,2	/	3,2	1,8	3,4	6,0	/

Erstellungsdatum: 24.09.2013, Statistik-Service West

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

/ = Die Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht keine Arbeitslosenquoten für Gemeinden mit weniger als 15.000 zivilen Erwerbspersonen.

# Tischvorlage

## Sitzungsvorlage-Nr. III/2639/XV/2013

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	09.07.2013	öffentlich

### Tagesordnungspunkt:

**Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 25.06.2013  
Abrechnung der Kosten der Deutschen Einheit  
hier: Einigung zwischen Landesregierung und kommunalen  
Spitzenverbänden**

### Sachverhalt:

Nach den Regelungen des Gemeindefinanzreformgesetzes des Bundes (GFRG) sind die Kommunen bis zum Jahre 2019 mit rd. 40 % an den verbleibenden Lasten des jeweiligen Landes aus der Einbeziehung der neuen Länder und West-Berlins in den Länderfinanzausgleich zu beteiligen. In NRW beteiligt das Land die Kommunen mit dem Einheitslastenabrechnungsgesetz an den Kosten der deutschen Einheit.

Mit Urteil des Verfassungsgerichtshofs NRW vom 08.05.2012 sind zwei Vorschriften des Einheitslastenabrechnungsgesetzes des Landes NRW für nichtig erklärt worden. Daraufhin wurden Verhandlungen zwischen dem Land NRW und den kommunalen Spitzenverbänden geführt mit dem Ziel, eine verfassungskonforme und einvernehmliche Neuregelung der Bestimmungen des Einheitslastenabrechnungsgesetzes zu finden. Dabei war Hintergrund, dass der Bund den Ländern zum 01.01.1995 zu deren Kompensation aus der Belastung der Aufnahme der neuen Länder und West-Berlins in den Länderfinanzausgleich 7 zusätzliche Punkte des Umsatzsteueraufkommens gewährt hatte. Das Land NRW hatte bislang weder diese Entlastung noch die sich daraus ergehende Belastung aus dem Umsatzsteuerausgleich als Einheitslast definiert. An beiden Elementen sind die Kommunen über den Steuerverbund im Land bisher lediglich mit 23 % (nominaler Verbundsatz) beteiligt. Grundlage der nunmehr vorgesehenen Ergänzungen des Einheitslastenabrechnungsgesetzes ist es deshalb, den Saldo aus der Entlastung und der damit verbundenen Belastung zu bilden und die Kommunen im Verhältnis ihrer Steuerkraft zu beteiligen. Daneben sieht die Einigung vor, dass das Land im Hinblick auf die Höhe der Einheitslast in NRW den bei der Abrechnung benutzten pauschalen Abzug von der Einheitslast (sogenannter Färber-Faktor) mit einer Gewichtung von 550 Mio. in die Berechnung einsetzt.

Das Einheitslastenabrechnungsgesetz NRW ist bis zum Jahr 2019 befristet. Veränderungen des Umsatzsteuersatzes bis zu diesem Zeitpunkt sollen im Sinne der getroffenen Vereinbarung Berücksichtigung finden.

Aufgrund der Neuregelungen erhält die kommunale Ebene in NRW im Jahr 2013

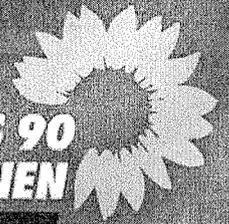
Abrechnungsbeträge in einer Größenordnung von rd. 275 Mio. € als Abrechnung und Rückerstattung kommunaler Überzahlungen der Jahre 2007 bis 2011.

Zu den individuellen Abrechnungsbeträgen der Kommunen liegen bislang keine Modellrechnungen vor. Die Berechnung des endgültigen Abrechnungsbetrages für jede Kommune wird maßgeblich durch den jeweiligen Anteil im Abrechnungsjahr am landesweiten Aufkommen der erhöhten Gewerbesteuerumlage bestimmt. Trotz der damit insgesamt zu erwartenden Zahlungen des Landes an die kommunale Ebene bleibt es damit zwangsläufig dabei, dass es zu Forderungen des Landes an die Kreise und Landschaftsverbände kommen wird. Dies liegt daran, dass die Struktur der Einheitslastenabrechnung in NRW eine Vorauszahlung der Kommunen über eine erhöhte Gewerbesteuerumlage und eine pauschale Erstattung des Steuerverbundes (1,17 Punkte Verbundsatz) vorsieht. Da die Kreise und Landschaftsverbände anders als die Städte und Gemeinden keine Vorauszahlungen über die Gewerbesteuerumlage leisten, kommt es zwangsläufig zu Nachzahlungen der Umlageverbände. Der Rhein-Kreis Neuss hat deshalb vorsorglich eine Rückstellung für die Abrechnung nach dem Einheitslastenabrechnungsgesetz in Höhe von 744.909,85 € auf der Grundlage eines entsprechenden Bescheides des Landes NRW gebildet. Dieser Betrag berücksichtigt den Abrechnungszeitraum bis 2009, die Rückstellung muss gegebenenfalls für den kommenden Jahresabschluss noch angepasst werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass aufgrund der zu erwartenden Neuregelung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes für den Rhein-Kreis Neuss **keine** Rückzahlungen und zukünftige Entlastungen zu erwarten sind.

**Anlagen:**

Anfrage Bündnis 90/ Die Grünen



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KTF, SCHULSTR. 1, 41460 NEUSS

Rhein-Kreis Neuss  
Herrn Landrat  
Hans-Jürgen Petrauschke

Fax +49 2181 6012400

**FRAKTION IM RHEIN-KREIS NEUSS**

**Erhard Demmer**  
Fraktionsvorsitzender



Schulstraße 1  
41460 Neuss  
Tel: +49 (2131) 1666-81  
Fax: +49 (2131) 1666-83  
fraktion@gruene-rhein-kreis-neuss.de

**Neuss, 25. Juni 2013**

Erhard Demmer / Renate Dorner-Müller

### **Abrechnung der Kosten der deutschen Einheit**

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

ein jahrelanger Streit um die Abrechnung der Kosten der deutschen Einheit konnte bekanntlich jetzt beigelegt werden.

In Umsetzung der Vorgabe des Verfassungsgerichtshofs NRW sieht die vereinbarte Neuregelung der Landesregierung jetzt vor, dass die Kommunen bei der Abrechnung der Jahre 2007 bis 2011 im Jahr 2013 um rund 275 Millionen Euro entlastet werden.

Die Entlastung in den Folgejahren wird sich voraussichtlich zwischen rund 130 und 155 Millionen Euro pro Jahr bewegen.

Wir bitten Sie in der Sitzung des **Kreisausschusses am 9. Juli 2013** um Mitteilung, wie sich die Kas- senwirksamkeit der anteiligen Rückzahlungen für die Jahre 2007 bis 2011 und die zukünftige Entlas- tung für den Rhein-Kreis Neuss darstellen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Erhard Demmer  
Fraktionsvorsitzender

D/ Kreistagsbüro und Fraktionsgeschäftsstellen im Rhein-Kreis Neuss – per Email



# Tischvorlage

**Sitzungsvorlage-Nr. III/2642/XV/2013**

<b>Gremium</b>	<b>Sitzungstermin</b>	<b>Behandlung</b>
<b>Kreisausschuss</b>	09.07.2013	öffentlich

**Tagesordnungspunkt:**

**Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Thema  
"Strombelieferungen im Rhein-Kreis Neuss" vom 01.07.2013 und Antwort  
der Verwaltung**

**Sachverhalt:**

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Strombelieferungen im Rhein-Kreis Neuss wird wie folgt beantwortet:

Zu 1.

Der zum 01.11.2007 geschlossene Stromliefervertrag wurde zum 31.10.2013 gekündigt.

Zu 2.

Aufgrund einer europaweiten Ausschreibung wurde ein neuer Stromliefervertrag zum 01.11.2013 abgeschlossen.

Zu 2a.

Mit dem Liefervertrag werden insgesamt 64 Abnahmestellen des Rhein-Kreises Neuss versorgt. Es werden rund 4,9 Mio. kWh geliefert.

Zu 2 b.

Der Stromliefervertrag ist bis zum 31.12.2015 mit jährlicher Verlängerungsoption max. bis zum 31.12.2017 befristet.

Zu 2c.

Der Stromliefervertrag erhält die Garantie, dass der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtbezug während des vereinbarten Lieferzeitraums mind. 23 % beträgt.

Zu 3.

Hierzu wird auf die Antwort zu 2 verwiesen.

**Anlagen:**

Anfrage Bündnis 90/ Die Grünen





BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KTF, SCHULSTR. 1, 41460 NEUSS

Rhein-Kreis Neuss  
Herrn Landrat  
Hans-Jürgen Petrauschke

Fax +49 2181 6012400

**FRAKTION IM RHEIN-KREIS NEUSS**

**Erhard Demmer**  
Fraktionsvorsitzender



Schulstraße 1  
41460 Neuss  
Tel: +49 (2131) 1666-81  
Fax: +49 (2131) 1666-83  
fraktion@gruene-rhein-kreis-neuss.de

Neuss, 1. Juli 2013  
Erhard Demmer / Renate Dorner-Müller

### **Strombelieferungen im Rhein-Kreis Neuss**

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

im März 2011 hatte uns der damalige Dezernent March mitgeteilt, dass für Ende 2012 eine Neuausschreibung der Strombelieferungen im Rhein-Kreis Neuss vorgesehen war.

Wir bitten Sie, hierzu in der Sitzung des **Kreisausschusses am 9. Juli 2013** die Verwaltung berichten zu lassen,

1. ob der zuletzt zum 1.11.2007 geschlossene Liefervertrag aufgekündigt wurde, oder
2. ob es inzwischen einen neuen Liefervertrag gibt: Fall ja, erbitten wir hierzu die Angaben zu
  - a) dem Umfang des Vertrages mit Angabe der Abnahmestellen im Rhein-Kreis Neuss,
  - b) der Laufzeit und Kündigungsmöglichkeiten des Vertrages,
  - c) den Bedingungen des Vertrages hinsichtlich der Umweltaspekte ((v.a. Anteil des zertifizierten "Öko"-Stromes), oder
3. ob derzeit ein Ausschreibungsverfahren läuft - bitte mit Angaben wie vorstehend a) bis c)

Wir bedanken uns im Voraus und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Erhard Demmer  
Fraktionsvorsitzender

D/ Kreistagsbüro und Fraktionsgeschäftsstellen im Rhein-Kreis Neuss – per Email



## Kreisausschuss, 09.07.2013

### Mitteilung: Beteiligung privater Hochschulen an staatlichen Forschungsprogrammen

Das Ministerium für Wissenschaft und Forschung NRW beabsichtigt offenbar, aus haushaltsmäßigen Erwägungen private Fachhochschulen künftig nicht mehr an Forschungsprogrammen zu beteiligen, für die das Ministerium Mittel bereit stellt. Der Verband privater Hochschulen (VPH) hat in großer Sorge um die Zukunft der privaten Hochschullandschaft in NRW das Ministerium um weitere Informationen gebeten. Im Rhein-Kreis Neuss wären drei Hochschulen betroffen: die FOM Hochschule, die Europäische Fachhochschule (EuFH) und die Hochschule Neuss für internationale Wirtschaft. Allein der FOM Hochschule wurden seit 2009 aus Fördermitteln des Landes rund 450.000 € bewilligt (s. **Anlage**). Die privaten Hochschulen leisten insbesondere mit ihren Angeboten zum dualen Studium, das parallel zu Ausbildung oder Beruf absolviert werden kann, einen wesentlichen Beitrag zur praxisnahen Qualifizierung von Fach- und Führungskräften für die Wirtschaft. Für den Rhein-Kreis Neuss sind Wissenschaft, Forschung und berufliche Qualifizierung wichtige Standortfaktoren im internationalen Wettbewerb. Die Verwaltung wird die weitere Entwicklung verfolgen und im Kreisausschuss berichten.-

Titel Wiss. Leitung	Vorname Wiss. Leitung	Name Wiss. Leitung	Titel Projekt	FöProgr	Status	Datum Beginn	Datum Ende	öff. Zuw. FOM abs.
<b>Projektförderung MIWF (beendete und laufende Projekte)</b>								
Prof. Dr.	Matthias	Klumpp	DO.WERT: Demografie-Monitor sowie nachhaltige Forschung und Gestaltung des Demografischen Wandels bei Beschäftigten im Logistik- und Verkehrssektor	MIWF, FHStruktur	läuft	01.01.2013	31.12.2014	236.648,79 €
Prof. Dr.	Rüdiger	Buchkremer / Klumpp	<u>FH Basis NRW 2010</u>	FH Basis NRW	beendet	01.11.2010	31.12.2010	80.000,00 €
Prof. Dr. Ing.	Torsten	Finke	<u>Automation in der Logistik</u>	Geräteprogramm NRW (FH Basis)	beendet	26.10.2009	31.12.2009	64.115,00 €
Prof. Dr.	Bianca/Ricardo	Krol / Büttner	<u>FH Basis NRW 2011</u>	FH Basis NRW	beendet	01.11.2011	31.12.2011	69.250,00 €
							Summe:	450.013,79 €